

Newsletter

Newsletter der Fraktion DIE LINKE
in der Hamburgischen Bürgerschaft
November 2010

DIE LINKE.
Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Editorial:

Es ist nur eine Frage der Zeit

Seit dem 18. Juli 2010 ist nichts mehr wie es war. Der Volksentscheid, der selbst die kleinsten Schritte in Richtung Bildungsgerechtigkeit vereitelte und der Rücktritt von Ole von Beust haben die Politik in Hamburg gravierend verändert. Die GAL versäumte es, die Koalition zu beenden. Aus einem schwachen Kabinett wurde ein Gruselkabinett und der ständig gepriesene harmonische Umgang auf Augenhöhe zwischen den Koalitionspartnern – ein Seitenhieb für die damalige Rot-Grüne-Koalition – wandelte sich von einem Tag auf den anderen in ein Gegeneinander. Profilierungsversuche auf Kosten des Koalitionspartners bestimmen seitdem das Bild.

CDU-Senator Stuth erklärte in der Bürgerschaft zu einem Antrag der LINKEN, dass das Altonaer Museum geschlossen wird. Wenige Stunden danach verkündete Ahlhaus beim Runden Tisch in Sachen Kultur das Gegenteil – die GAL hatte sich durchgesetzt. Wenig später erklärte der Fraktionsvorsitzende der GAL, man werde nichts außer der Entlassung von Nonnenmacher als Chef der HSH Nordbank akzeptieren. Die Interpretationen darüber, was sonst passiert wäre gingen auseinander, aber gemeint war wohl, die Koalition wäre dann zu Ende. Jetzt soll Nonnenmacher gehen, die Frage ist wann und ob mit oder ohne Abfindung. Der Bürgermeister sagte dazu gar nichts, weder in der Pressekonferenz noch in der Bürgerschaft. Die CDU hatte diesen Koalitionspoker verloren.

DIE LINKE griff die Regierung an, weil sie die Atomtransporte durch Hamburg immer noch als geheime Kommandosache betrachtet, die Gefährdung der Einwohner Hamburgs billigend in Kauf nimmt und wieder einmal Beschlüsse der Bürgerschaft nicht umsetzt. In der Diskussion fiel auf, dass die umweltpolitische Sprecherin der GAL sich mit verbaler Radikalität gegen den geplanten Transport von 18 Castoren über den Hamburger Hafen aussprach. Beifall erhielt sie dafür auch von der LINKEN, die CDU rührte keine Hand. Einen Tag später wurde bekannt, dass der Transport bereits über Hamburg geplant war. Die CDU wurde unter Druck gesetzt und Ahlhaus schloss sich der GAL-Meinung an. Das Hamburger Abendblatt schrieb: „Mit seiner Weigerung den Transport über den Hamburger Hafen abzuwickeln, reagierte Bürgermeister Ahlhaus offenkundig auch auf einen Vorstoß der Hamburger Linksfraktion für einen Beschluss der Bürgerschaft.“

Jetzt könnte die GAL doch auch noch die Abschaffung der Studiengebühren fordern, aber vielleicht fällt ihr ja noch ein anderes Thema ein. Wie sagte doch Jens Kerstan, die GAL muss einen inhaltlichen Grund für das Aus von Schwarz-Grün finden. Sie sucht danach.

Es ist eine Frage der Zeit, wann Wahlen in Hamburg stattfinden. Eines scheint sicher, sie werden vor dem Februar 2012 stattfinden.

Dora Heyenn

Das Museum bleibt – Der Kampf geht weiter



Der Protest hat gewirkt: Demonstration für den Erhalt des Altonaer Museums am 23. Oktober.

Die Kürzungen im Kulturbereich haben kräftige Proteste ausgelöst: Tausende nahmen an den zahlreichen Demonstrationen und dem Protest-Tag der offenen Tür im Museum Altona teil.

Auf einer kämpferischen Betriebsversammlung im Schauspielhaus blamierte sich der eingeladene Kultursenator, die Bürgerinitiative „Altonaer Museum bleibt!“ ruft seit dem 23. Oktober jeden Samstag zu einer Demonstration für das Museum auf. Über 60.000 Unterschriften sind im Oktober für den Erhalt des Museums zusammengekommen.

Obwohl der Senat von Beginn an versucht hatte, die Spielstätten und Beschäftigten gegeneinander auszuspielen, zeigten diese solidarische Verbundenheit.

Angespannt zeigten sich die Regierungsfractionen bei den Auseinandersetzungen um den Antrag der Linksfraktion am 27. Oktober. Darin forderten wir den Erhalt des Altonaer Museums und, dass gemeinsam mit der Stiftung ein Konzept für die Entwicklung der Stiftung Historische Museen erarbeitet wird. Am Abend wurde beim Kulturgipfel der Schließungstermin des Altonaer Museums zum

1. Januar 2011 gekippt und die Kürzungen bei den Öffentlichen Bücherhallen auf 500.000 Euro pro Jahr zurückgefahren. Das Schauspielhaus muss nicht mehr 1,22 Mio. Euro ab der Saison 2011/2012 einsparen, sondern gestaffelt erst ab der Saison 2013/2014 – einverstanden sind die Beschäftigten damit allerdings nicht.

Die Historischen Museen haben bis zum Jahr 2014 Zeit bekommen, um ihren Gesamtetat um 3,445 Mio. Euro auf ca. 8 Mio. Euro zu reduzieren und sollen dafür zum 1. April ein Konzept vorlegen. Auch wenn es keinen Schließungstermin mehr für das Altonaer Museum gibt, droht angesichts solch einer massiven Kürzungssumme die Schließung weiterhin. Auch die anderen Standorte sind immer noch hochgradig gefährdet. Daher kann auch dieser erste Erfolg nicht darüber hinwegtäuschen: Diese Kürzung ist für die Historischen Museen in Hamburg eine Katastrophe. Deshalb unterstützen wir die Aktivitäten der Volksinitiative „ALTONAER MUSEUM BLEIBT!“, als Teil der Vielfalt der Hamburgischen Museumslandschaft und rufen alle Menschen auf dafür Unterschriften zu sammeln.

Norbert Hackbusch

HSH Nordbank: Verschwiegenheit missachtet?

Im Untersuchungsausschuss zur HSH Nordbank ist der Vorwurf erhoben worden, dass Joachim Bischoff und Norbert Weber, Abgeordneter bzw. Mitarbeiter der Linksfraktion, gegen die Verschwiegenheitspflicht verstoßen hätten. Anlass ist das Buch mit dem Titel „Tatort HSH Nordbank“ sowie ein Papier über die Zeugenvernehmung von Ex-Finanzsenator Freytag. Ob die Verschwiegenheit missachtet wurde, soll durch ein Gutachten des Arbeitsstabes festgestellt werden.

Bei der Prüfung des Anfangsverdachts sind sämtliche rechtsstaatlichen Regeln missachtet worden. Die Betroffenen wurden nicht angehört, geschweige denn über die eingeleiteten Schritte informiert. Der Vorsitzende hat bereits bei der Ankündigung der Prüfung eine politische Kommentierung zugelassen und als das Gutachten vorlag kundgetan, dass er die Vorwürfe darin als bestätigt ansieht. Dabei beziehen sich die Vorwürfe offenkundig nicht auf Geschäftsgeheimnisse der Bank oder andere geschützte Daten und Tatsachen, deren Veröffentlichung in irgendeiner Form Schaden anrichten könnte. Der Vorwurf hat vor allem einen politischen Hintergrund. Es soll weder über die potenzielle Gefahr der Bank für die öffentlichen Haushalte und Steuerzahler, noch über politische Alternativen gesprochen werden. Die Verantwortlichen für das Milliardenaster sollen geschont werden.

Die Fraktion hat dazu bereits öffentlich Stellung genommen: „Es handelt sich um eine Vorverurteilung, eine Kampagne der schwarz-grünen Koalition aufgrund von Spekulationen gegen eine einzelne Person und eine politische Linie. Es soll mit dem angedrohten Ausschluss von Joachim Bischoff einer der profiliertesten Kritiker des Finanzgebarens der HSH Nordbank mundtot gemacht werden. Die Fraktion DIE LINKE sieht in den Vorwürfen einen Angriff auf ihre Arbeit im Untersuchungsausschuss.“

Die HSH Nordbank ist seit ihrer Existenz im Jahr 2003 von Hamburg mit milliardenschwerem Eigenkapital ausgestattet worden. Ende 2009 sind 77 Mrd. Euro toxische Wertpapiere und Kredite in eine Bad Bank ausgelagert worden. Hier soll auf Jahrzehnte hinaus ein kontrollierter Abbau dieser Papiere erfolgen. Zudem soll die Bank ein neues Geschäftsmodell verfolgen, in dem das Kreditsatzgeschäft keine Rolle mehr spielt. Diese Vorgänge müssen kontrolliert und diskutiert werden. Dabei geht es auch um die politische Verantwortlichkeit für die spekulativen Geschäfte und die Frage, ob die Aufsichtsräte und Verwaltungsräte nicht eine Mitverantwortung für die dramatischen Fehlentwicklungen und die viel zu spät erfolgten Kurskorrekturen tragen.

Joachim Bischoff

Impressum: Newsletter der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft · Redaktion: Martin Bialluch (V.i.S.d.P.) · Mitarbeit: Dora Heyenn, Christiane Schneider, Norbert Hackbusch, Kersten Artus, Elisabeth Baum, Joachim Bischoff, Wolfgang Joithe, Mehmet Yildiz, Bela Rogalla · Auflage: 4.000 · Redaktionsschluss: 14.11.2010 · DIE LINKE, Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft · Rathausmarkt 1; 20095 Hamburg · Telefon 040 / 42 831 - 22 50 · Fax 040 / 42 831 - 22 55 · Email: info@linksfraktion-hamburg.de · Sprechzeiten: Mo. – Fr. 9 bis 15 Uhr

Flüchtlinge isoliert im Nirgendwo

Hungerstreiks der dort untergebrachten Flüchtlinge brachten die unzumutbaren Bedingungen in der Zentralen Erstaufnahme Einrichtung (ZEA) Nostorf/Horst in Mecklenburg-Vorpommern ans Tageslicht. Mehmet Yildiz, Fachsprecher für Migration, besuchte die Unterkunft mehrfach, bis ihm die Behörden schließlich Zutritt gewährten und kritisierte die menschenunwürdige Praxis der Flücht-

sind mangelhaft, kulturelle Ernährungsgewohnheiten werden kaum berücksichtigt, die medizinische Versorgung ist ungenügend: Menschen, die eigentlich ins Krankenhaus müssten, bekommen lediglich Schmerzmittel, schwangere Frauen werden nicht ärztlich betreut. Zudem leben die Menschen isoliert im Nirgendwo zwischen Lauenburg und Boizenburg, abgeschnitten von sozialen Kontakten und



Foto: Linksfraktion

Mehmet Yildiz unterhält sich bei seinem ersten Besuch mit Flüchtlingen in der Flüchtlingsunterkunft Horst, betreten durfte er sie nicht.

lingsunterbringung in der Öffentlichkeit scharf.

Die Zimmer sind mit sechs bis acht Menschen überbelegt. Auch Familien mit Kindern werden entgegen der Zusage im Koalitionsvertrag dort untergebracht, die Kinder können dort aber nicht zur Schule gehen. Minderjährige werden durch Altersfiktivsetzung für volljährig erklärt und gemeinsam mit Erwachsenen untergebracht. Die sanitären Anlagen

rechtlicher Beratung für ihr Asylverfahren.

Die Fraktion DIE LINKE hat die Schließung der Flüchtlingsunterkunft Horst und die menschenwürdige Unterbringung der Flüchtlinge in Hamburg bereits zweimal auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt. Ein entsprechender Antrag wurde am 27. Oktober abgelehnt. Die Fraktion setzt sich weiterhin für die Menschen dort ein. Mehmet Yildiz

Hamburger Polizeimuseum ohne Aufarbeitung der Verbrechen der Polizei in der NS-Zeit

Nichts erinnert in Hamburg daran, dass die vier Hamburger Polizeibataillone in der NS-Zeit unvorstellbare Verbrechen begangen haben, obwohl allein das Hamburger Polizeibataillon 101 gerichtsbekannt mindestens 38.000 Juden ermordet und mindestens 42.500 Juden in Konzentrationslagern deportiert hat. DIE LINKE hat deshalb einen Antrag in die Hamburgische Bürgerschaft eingebracht, der sowohl die Aufarbeitung



Foto: Yad Vashem-Archiv

Deutsche Ordnungspolizei in Luków, Polen.

und detaillierte Darstellung der NS-Verbrechen der Polizei im geplanten Hamburger Polizeimuseum als auch einen Wissenschaftlichen Beirat für das Museum fordert. Die Vorsitzende des Auschwitz-Komitees in der Bundesrepublik Deutschland, Esther Bejarano, unterstützt die Forderungen der LINKEN. Der

Antrag wurde in den Innenausschuss überwiesen. Wir freuen uns auf die Diskussion, weil die kritische Reflektion der Geschichte der Polizei nicht nur für die Polizei selbst, sondern für die Gesellschaft insgesamt in einem demokratischen Rechtsstaat unverzichtbar ist. Bela Rogalla

Die Zukunft ist erneuerbar! Atomkraft abschaffen!



Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz (FVK) der LINKEN tagte aus Anlass der Energiekonferenz in Hamburg und stellte diese im Rahmen einer Pressekonferenz in der Fabrik vor.

Energiekonferenz

Energiekonferenz der LINKEN fordert Ausstieg aus der Atomwirtschaft und Einstieg in erneuerbare und gemeinwohl-orientierte Energieversorgung.

Rund 400 Menschen, darunter zahlreiche Experten und Aktive aus Anti-Atom- und Klimabewegung, nahmen an der hochkarätig besetzten bundesweiten Energiekonferenz von sieben Fraktionen der LINKEN „Atomkraft abschaffen - Die Zukunft ist erneuerbar!“ am 3. und 4. September in der Fabrik in Hamburg-Altona teil. Mit überwältigender Mehrheit wurde eine Resolution als Gegenentwurf zum Eckpunktepapier der Bundesregierung verabschiedet.

Darin fordern die Bundestagsfraktion, die Bürgerchaftsfraktionen aus Bremen und Hamburg sowie die Landtagsfraktionen aus Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein die unverzügliche und endgültige Stilllegung aller Atomreaktoren, den vollständigen Ausstieg aus der globalen Atomwirtschaft, ein neues Konzept für eine kontrollierbare und reversible Atommüllagerung, eine Umgestaltung der Energiesysteme auf Erfordernisse erneuerbarer Energien, eine Vergesellschaftung der Energiekonzerne und Netze sowie die Gründung sozialer, ökologischer und demokratischer Stadtwerke.

Die Resolution findet sich auf der Webseite der Fraktion als PDF zum Herunterladen.

Termine

► **Stuttgart 21 - Stern-Redakteur Arno Luik berichtet über Kritik und Proteste**

Fraktion vor Ort mit Norbert Hackbusch
Dienstag, 23. November, 19.30 Uhr,
Feuervogel, Holstenstr. 119, Altona

Der Staat als Sozialfall

In der Veranstaltung „Der Sozialstaat als Sozialfall“ in Barmbek befasste sich Wolfgang Neskovic, der frühere Richter am Bundesgerichtshof und jetzige Bundestagsabgeordnete, mit den erfolgten und geplanten Kürzungen im Sozialbereich und den Auswirkungen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zu den sogenannten Hartz-IV-Regelsätzen für Kinder und Erwachsene. In seinem Vortrag zeigte Neskovic Alternativen auf und stellte klar, dass die Lösung der sozialen Probleme keine Frage von Mildtätigkeit ist, sondern eine dem Staat durch das Grundgesetz vorgegebene Aufgabe. Die umgreifende soziale Verelendung und die weit verbreitete Armut trotz Arbeit sind keine Naturereignisse, sondern Folge gewollter Politik.

Maritime Konferenz

Am 13. November fand in Wismar die **Maritime Konferenz: Die Küste brennt – die maritime Wirtschaft unserer Küstenländer zwischen Flaute und frischer Brise**, ausgerichtet von den Landtagsfraktionen DIE LINKE in den fünf Küstenländern Hamburg, Bremen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, der Bundestagsfraktion, der Fraktionsvorsitzendenkonferenz sowie der Fraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament, statt.

Atomtransporte

232 erfasste Atomtransporte führten innerhalb eines Jahres durch Hamburg, das hat die Fraktion DIE LINKE durch zahlreiche Anfragen herausgefunden und damit die Prognosen und Hochrechnungen voll bestätigt. Damit zeichnet sich ein dramatischer Anstieg gegenüber den Vorjahren ab, zudem bleibt eine erhebliche Dunkelziffer. Transporte die nicht über den Hafen führen werden nicht erfasst, so dass von 350 bis 500 Transporten ausgegangen werden muss. Die Fraktion forderte den Senat zudem auf,

unverzüglich den überfälligen Bericht an die Bürgerschaft über die Lage bei den Atomtransporten zu erstatten. Auf Druck der Fraktion DIE LINKE hatte die Bürgerschaft Ende März einstimmig schärfere Kontrollen und eine Überprüfung des Gefahrgüterkontrollkonzeptes beschlossen, den weitergehenden Antrag der LINKEN aber abgelehnt. Jetzt ist bekannt geworden, dass die Castortransporte nach Russland durch Hamburg führen sollen.

Kitakonferenz

Rund 80 Menschen nahmen am 23. und 24. 10. an der Kitakonferenz der LINKEN in Altona teil. Gewerkschaften, Betriebsräte, Wissenschaftler, Rechtsanwälte, Vertreter des Landeselternausschusses (LEA) und Eltern setzten sich mit dem Bildungsbegriff, frühkindlicher Bildung und dem Kita-Gutscheinsystem auseinander. Es wurden zahlreiche gemeinsame Projekte vereinbart, darunter die Voraussetzungen für einen Musterprozess gegen die Kitagebührenenerhebung für Familien, die ALG II beziehen, zu prüfen. Die Kita-Volksinitiative wurde ausdrücklich begrüßt, die überleitete Einführung von Horten an



Mehmet eröffnet die Kitakonferenz.

Grundschulen abgelehnt und die Pauschalierung der Personalkosten kritisiert. Wir sind mit dem Verlauf der Konferenz sehr zufrieden. Für uns war die Konferenz ein Signal und der Startschuss für eine breite Diskussion. Es darf nicht beim sozialen Ausschluss von Hartz IV-Epängern und Migranten durch das Kitagutscheinsystem bleiben. Wir müssen in frühkindliche Bildung investieren. Dafür setzt sich DIE LINKE entschlossen ein.

Der Newsletter informiert über die aktuelle Arbeit der Fraktion. Weil der Platz leider begrenzt ist und es viel zu berichten gibt, finden sich die meisten Artikel in einer ausführlichen Fassung auf der Webseite. Außerdem gibt es Anträge, Anfragen, Hintergrundinformationen, Termine und vieles mehr unter:
www.linksfraktion-hamburg.de

Parlamentarische Initiativen

DIE LINKE erfolgreich im Schulausschuss: Opposition wirkt! Vorwiegend türkischstämmige Lehrerinnen und Lehrer hatten Dora Heyenn darauf hingewiesen, dass sie für ein sehr geringes Gehalt an unseren Schulen unterrichten. Der Anfrage mit dem Titel „**Gleichstellung von Lehrkräften ausländischer Herkunft an den Hamburgischen Schulen?**“, folgte kurz darauf ein Antrag der LINKEN, der in den Schulausschuss überwiesen wurde. Dort fand eine Expertenanhörung statt, die jetzt ausgewertet wurde. Die Gruppe der muttersprachlichen Lehrkräfte umfasst 32 Personen, auf Nachfrage versicherte die Behörde, dass diese Lehrkräfte bis zum Februar 2011 erfahren werden, ob und um wie viel sich ihr Gehalt erhöhen wird.

Im Schulausschuss wurde jetzt abschließend der Antrag der LINKEN zur **Altersentlastung und Altersteilzeit** aus dem September 2009 behandelt. Eine Anfrage von Dora Heyenn lieferte Argumente für die GEW und es wurde mit Kundgebungen und Demonstrationen die Entschlossenheit der Lehrerinnen und Lehrer zum Ausdruck gebracht. Mit der 13. Änderung des Schulgesetzes wurde dann festgeschrieben, dass Lehrkräfte ab dem 60. Lebensjahr eine Reduzierung ihrer wöchentlichen Arbeitszeit von zwei Stunden (Zeitstunden) erhalten. Die Altersteilzeit konnte nicht durchgesetzt, aber Verbesserungen erzielt werden.

Ende letzten Jahres wurde das „**Sondervermögen Schulbau**“ gegründet. Die praktische Erfahrung vor Ort: Bei Schulleitungen, Hausmeistern und Betriebshelfern macht sich Unmut breit. Es kommt zu Bauverzögerungen, Mehrkosten und Konflikten in den Schulen.

DIE LINKE hat im Schulausschuss die Initiative ergriffen und dafür gesorgt, dass das Thema Ende Januar 2011 auf der Tagesordnung steht.

Frauenhäuser müssen erhalten bleiben: Die Ankündigung Schleswig-Holsteins, über 14 Prozent der Plätze in Frauenhäusern abzubauen, hat auch für Frauen in Hamburg dramatische Folgen. Die Hamburger Frauenhäuser sind massiv überbelegt. Aufgrund der Platznot und der jeweiligen Sicherheitslage müssen Opfer häuslicher Gewalt

auch außerhalb Hamburgs untergebracht werden sowie Betroffene aus benachbarten Bundesländern in Hamburg (154 Frauen 2009). DIE LINKE hat deshalb einen Antrag gestellt, dass der Senat sich mit den Regierungen der angrenzenden Bundesländer koordinieren und gemeinsam den Bedarf prüfen und planen soll. Außerdem soll sich Hamburg für den Erhalt aller Häuser in Schleswig-Holstein einsetzen und die für Hamburg notwendigen Mittelaufstockungen noch im Haushalt 2011/2012 einplanen.

Im **Rechtsausschuss** steht die Umsetzung der Bundesgesetze zur **Sicherungsverwahrung** zur Debatte, u.a. am 14.12. mit einer Expertenanhörung. Die Abschaffung der Sicherungsverwahrung fällt nicht in die Kompetenz der Länder, wohl aber der Vollzug der Haft und Sicherungsverwahrung. Deshalb setzt sich DIE LINKE mit einem Antrag für die Erarbeitung von Therapie- und Resozialisierungskonzepten ein, die vom ersten Tag an greifen und die Sicherungsverwahrung möglichst verhindern.

Bereits im Januar hat der Wirtschaftsausschuss einstimmig beschlossen, eine **Expertenanhörung** zum Thema **Einzelhandel** aus Sicht der Beschäftigten und aus stadtentwicklungspolitischer Perspektive durchzuführen. Nach monatelangem Gezerre und andauernder Intervention von Elisabeth Baum wurde endlich ein Anhörungsstermin zugesagt.

Nachdem Experten gesucht und benannt wurden, wurde die Anhörung erneut verschoben. In der Bürgerschaft scheint sich niemand für die Situation des Hamburger Einzelhandels zu interessieren.

Ole von Beust hatte in seiner Regierungserklärung noch versprochen die Reichen stärker zur Haushaltskonsolidierung heranzuziehen. DIE LINKE nahm Schwarz-Grün mit dem Antrag „**Auf Ankündigungen müssen Taten folgen – Anhebung der Spitzensteuersätze und der Reichensteuer**“ beim Wort - CDU und GAL stimmten dagegen. Mit einem Antrag zur Modernisierung des Landespressegesetzes setzte sich DIE LINKE für mehr Demokratie in den Redaktionen ein, außerdem für die „**Kinder- und Jugendgesundheit**“ in Hamburg und die Aufgaben des Schul(zahn)ärztlichen Dienstes“ und forderte „**Aufenthaltsrechtliche Perspektiven für Kinder** unabhängig von den Eltern“ und zur „**Neue Mitte Altona – Mitbestimmung** von Bezirk und Bürger/-innen verbindlich sichern und **Wohnungsnot lindern**“.

Castor-Widerstand im Wendland



Noch nie haben so viele so erfolgreich gegen den Atomtransport protestiert. Auch Abgeordnete und MitarbeiterInnen mehrerer Landtagsfraktionen und der Bundestagsfraktion der LINKEN haben sich an den Castorprotesten beteiligt. Die Bürgerschaftsfraktion war mit einem Info-Bus vier Tage vor Ort.

Veröffentlichungen:

Demokratisierung der Polizei

Wie kann staatliche Gewalt begrenzt werden? Wie definieren wir aus linker und bürgerrechtlicher Sicht das Spannungsverhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit und die Aufgaben von Polizei in einer demokratischen Gesellschaft? Unter diesen Fragestellungen führte die Fraktion DIE LINKE am 29. Mai 2010 die Fachtagung „Demokratisierung der Polizei“ durch, in dieser Broschüre die dort gehaltenen Vorträge dokumentiert.



Als Hamburg in die Gänge kam

Die Besetzung des Gängeviertels durch die Initiative „Komm in die Gänge“ wurde zum erfolgreichsten Beispiel der Bewegung „Recht auf Stadt“ und sorgte bundesweit für Furore. Die aufwändig gestaltete Broschüre zeichnet den einzigartigen Weg und Erfolg der Initiative nach.



Die Broschüren sind kostenlos über das Fraktionsbüro im Rathaus zu beziehen.